



DIALOG FORUM | Schillerstraße 59 | D-10627 Berlin
T: +49 30 26931460 | www.forumdialog.eu | Redaktion@forumdialog.eu

Presseschau, 12. bis 18. Dezember 2024

In der vergangenen Woche jährte sich zum ersten Mal die Regierungsübernahme durch die demokratische Koalition. Aus diesem Anlass äußerten sich gleichermaßen Kritiker wie Anhänger von Donald Tusks Regierung. Daneben zog der frühere stellvertretende Justizminister Marcin Romanowski mit seiner Entscheidung viel Aufmerksamkeit auf sich, sich entgegen vorherigen Ankündigungen den Justizbehörden zu entziehen und spurlos zu verschwinden. Die Regierung wandte ihre Aufmerksamkeit gleichfalls dem Justizwesen zu und fasste einen Beschluss zur Verfassungskrise in Polen.

Ein Jahr Regierung Tusk

In der letzten Woche jährte sich die Regierungsübernahme durch Ministerpräsident Donald Tusk (PO), dessen Kabinett aus Mitgliedern dreier Koalitionsparteien besteht. Dies nahmen zahlreiche Vertreter von Politik und Medien zum Anlass, um die bisherige Regierungsarbeit zu bewerten.

Adrian Zandberg, Kovorsitzender der Partei „Razem“ (Gemeinsam), sparte nicht mit Worten der Kritik an der Regierung: die Regierung Tusk habe „in Dingen, die absolut grundlegend sind, das heißt bei der Gesundheitsfürsorge, dem Funktionieren des öffentlichen Sektors und den Investitionen in das Wohnungswesen versagt.“¹

Auch der frühere Ministerpräsident Mateusz Morawiecki (PiS) zog eine kritische Bilanz der gegnerischen Regierung, wobei er die Wahlversprechungen mit dem Haushalt für 2025 vergleicht: „Leute, seht hin, wie sie euch eine lange Nase drehen. Alle diese Versprechungen kommen im dem Haushalt mit dem größten Defizit der Geschichte überhaupt gar nicht vor. Anstelle dessen nimmt die Verschuldung des polnischen Staates weiter Fahrt auf.“²

¹<https://www.rp.pl/polityka/art41577961-adrian-zandberg-podsumowal-rok-rzadu-donald-tuska-wskazal-podstawowy-grzech>

²<https://wpolityce.pl/polityka/715698-morawiecki-punktuje-rok-rzadu-tuska-zrobili-was-w-konia>

Krzysztof Figlarz schreibt in *Onet*: „Donald Tusks Regierung befindet sich vor ihrem zweiten Amtsjahr in einem schwierigen politischen Umfeld. Im Januar beginnt offiziell der Präsidentschaftswahlkampf, der inoffiziell bereits jetzt im Gang ist. [...] Wir werden uns bald davon überzeugen können, ob die Regierung eine Gesetzgebungsoffensive vor den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in petto hat oder ob sie eher einen für sie günstigen Wahlausgang abwartet.“³

Bartosz Krzyżaniak wirft für *Forbes* einen genaueren Blick aus Unternehmenssicht auf die Regierungsarbeit: „Gut steht es nicht, aber es war schon mal schlechter – so bewerten Unternehmer und Experten das erste Jahr der Regierung Tusk. Umgerechnet auf Schulnoten, verdient die vor zwölf Monaten gebildete Regierung eine Drei, aber nicht alle würden die Versetzung in die nächste Klasse schaffen.“⁴

Rafał Chwedoruk, Politologieprofessor an der Universität Warschau, ist in seiner Einschätzung vorsichtig: „Es hat wohl niemand erwartet, dass diese Regierung sehr gute Noten erreichen würde, für gewöhnlich sind sie ausreichend. Die Symbolpolitik der Abrechnung [mit der Vorgängerregierung; A.d.Ü.] plus kleinere außenpolitische Erfolge sollen allen einen Ausgleich für das Gefühl einer mangelhaften Bilanz verschaffen. Aber die Tusk-Regierung ist eine solche, die nicht deshalb gewonnen hat, weil sie viel versprach, sondern weil sie sich zum Ziel setzte, PiS von der Macht zu entfernen.“⁵

Rafał Woś zeigt in *interia.pl* etwas weniger Verständnis: „Ministerpräsident Donald Tusk und die ihm dienstbaren Medien reden nicht gern davon. Aber die Wahrheit ist, dass das erste Jahr des lächelnden Polen [im Wahlkampf 2023 verwendete Formel der KO, die von ihren Gegnern aktuell sarkastisch gegen die Regierungskoalition eingesetzt wird; A.d.Ü.] deutlich machte, wie der polnische Sozialstaat verlöscht und Rückschritte auf dem Gebiet einer arbeiterfreundlichen, sozialen und egalitären Politik gemacht werden.“⁶

Ewa Pietrzyk-Zieniewicz, promovierte Politikwissenschaftlerin an der Universität Warschau, verweist noch auf einen anderen Aspekt: „Diese Regierung hat ein grundlegendes Defizit. Und zwar

bei der Informationspolitik. Ich weiß nicht, wieso ausgerechnet die ‚Plattformen‘ [das heißt die Politiker der Bürgerplattform; A.d.Ü.], denn um diese geht es hier vor allem, der Informationspolitik kein Gewicht beimessen. Der Regierung Tusk fehlt ein wirklicher Pressesprecher, denn mit der Öffentlichkeit muss man sprechen.“⁷

Romanowski entzieht sich der Justiz

³<https://www.onet.pl/informacje/mam-prawo-wiedziec/rok-rzadu-donald-tuska-w-liczbach-sprinterzy-czy-maratonczycy/x9xstjd,0666d3f1>

⁴<https://www.forbes.pl/gospodarka/eksperci-ocenili-rok-rzadu-tuska-w-skali-szkolnej-ledwo-zdali/19gwr2v>

⁵<https://wiadomosci.onet.pl/tylko-w-onecie/rok-rzadu-donald-tuska-ekspert-o-szczesciu-w-nieszczesciu/hnrr6r4>

⁶<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-pierwszy-rok-tuska-czyli-pierwszy-rok-socjalnego-regresu-spr,nld,7874281>

⁷<https://dorzczy.pl/kraj/668174/pietrzyk-zieniewicz-to-najwieksza-wada-rzadu-donald-tuska.html>

Von den Rechtsproblemen des früheren stellvertretenden Justizministers Marcin Romanowski (Souveränes Polen) im Zusammenhang mit dem Gerechtigkeitsfonds war an dieser Stelle schon vielfach die Rede. Zur Erinnerung: elf Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft, betreffend einen Gesamtbetrag von etwa 112 Millionen Złoty (26,31 Millionen Euro), die für die Kriminalitätsbekämpfung und die Unterstützung von Verbrechenopfern bestimmt waren und an der Vereinigten Rechten und der katholischen Kirche nahestehende Organisationen flossen; zudem wurden Ausschreibungen so formuliert, dass sie auf bestimmte Personen und Unternehmen zugeschnitten waren. Nunmehr ist Romanowski einmal mehr in die Schlagzeilen geraten. Er hatte einen Termin für eine gerichtliche Einvernahme, ließ sich jedoch nicht blicken, und die Polizei konnte ihn an keiner seiner bekannten Adressen antreffen. Da von Romanowski jede Spur fehlt, wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Unterdessen geben die jüngsten Medienberichte Hinweise darauf, Romanowski verberge sich in einem anderen EU-Land. Am Mittwoch, den 18. Dezember, wurde ein Europäischer Haftbefehl erlassen. Aus der Politik und den Medien aller Richtungen gehen Kommentare zur Sache ein.

Romanowskis Parteikollege Michał Wójcich (SP) stellte fest, es sei nicht bekannt, ob sich der Abgeordnete verberge oder ihm etwas zugestoßen sei: „Sollte er sich tatsächlich verstecken, wenn er sich wirklich nicht dem Beschluss zur vorläufigen Festnahme unterwerfen will, dann kann ich sagen, die ist kein Verbrechen, denn er kann das doch tun.“⁸ In einem anderen Interview ergänzte Wójcich: „Wenn es sich um zivilen Ungehorsam handelt, kann ich das verstehen.“⁹

Auf diese Äußerung nahm der amtierende Justizminister Adam Bodnar Bezug: „Das ist völliger Unsinn und zeugt von Unverständnis. Hier werden die Begriffe verdreht. Dieser Vorgang besteht darin, dass etwas in offener Weise geschieht, mit offenem Visier. Und man versteckt sich nicht vor den Justizbehörden und benutzt Worte, die absolut nicht zur Lage passen, zur eigenen Lage im Verfahren, nämlich einer Flucht vor den Justizbehörden.“¹⁰

Zbigniew Ziobro, vormaliger Justizminister und damit Chef Romanowskis, formulierte das Narrativ der Rechten zur Angelegenheit: „Das Verfahren gegen Marcin Romanowski wurde auf politisches Geheiß erdacht. Das Untersuchungsverfahren wird von einer Person beaufsichtigt und in die Länge gezogen, die illegal die Funktion des Landesstaatsanwalts innehat. [...] Jetzt wollen sie dem früheren Minister einen Maulkorb aufsetzen, damit er sie nicht kritisieren kann. Das ist reine politische Rache, kein justizielles Verfahren.“¹¹

Wojciech Czuchnowski meint dazu ironisch in der *Gazeta Wyborcza*: „Sollte sich herausstellen, dass er sich im Ausland versteckt, wird das Fahndungsfoto des Abgeordneten außer auf dem Inlandshaftbefehl wahrscheinlich auch auf dem Europäischen Haftbefehl erscheinen. Kann es für

⁸<https://www.wprost.pl/polityka/11888502/poszukiwania-marcina-romanowskiego-wojcik-nie-wiemy-czy-sie-ukrywa-czy-cos-sie-stalo.html>

⁹<https://tvn24.pl/polska/policja-sprawdza-kolejne-lokalizacje-w-ktorych-moze-byc-marcin-romanowski-michal-wojcik-i-barbara-dolniak-komentuja-st8218665>

¹⁰<https://www.fakt.pl/polityka/obywatelskie-nieposluszenstwo-bodnar-odpowiada-poslom-pis/hftmtnn>

¹¹<https://x.com/ZiobroPL/status/1866176946465288593>

eine Partei, die unter ‚Recht und Gerechtigkeit‘ firmiert, eine größere Schmach geben? Der pädagogische Wert von Romanowskis Flucht ist kaum zu überschätzen.“¹²

Außenminister Radosław Sikorski (PO) kann sich gleichfalls der Boshaftigkeit nicht enthalten: „Ich teile höflichst mit, dass sich der Diplomatenpass [Romanowski ist seit Januar 2024 stellvertretender Sejmvertreter bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und genoss damit vor deren Aufhebung diplomatische Immunität; A.d.Ü.] des Märtyrers der Unterschlagung von für Verbrechenopfer vorgesehenen öffentlichen Geldern in Aufbewahrung des Außenministeriums befindet.“¹³

Regierungsbeschluss zur Verfassungskrise

Am Mittwoch, den 18. Dezember, verabschiedete der Ministerrat auf Antrag von Justizminister Adam Bodnar einen Beschluss zur Bekämpfung der negativen Folgen der Verfassungskrise im Gerichtswesen. Der Beschluss bezieht sich auf die Hauptprobleme der Rechtsstaatlichkeit in Polen, die von den bei den Gerichten und am Verfassungsgerichtshof zur Zeit der Regierung von Recht und Gerechtigkeit vorgenommenen Änderungen verursacht wurden. Der Beschluss spricht unter anderem vom Verfassungsgerichtshof als einem „illegitimen Organ“, dessen „Dokumente“ nicht zu veröffentlichen seien. Das Oberste Gericht mit seinen Neorichtern sei seinerseits nicht als „selbständiges, unparteiliches und unabhängiges Gericht“ anzuerkennen.

Nach der Verabschiedung des Beschlusses verkündete Ministerpräsident Tusk: „Wir haben viel Zeit gebraucht, um festzustellen, was mit den Urteilen des Obersten Gerichts zu tun sei, insbesondere dann, wenn im Obersten Gericht die Urteile von Leuten gefällt werden, die nach polnischem Recht und nach der Verfassung nicht dort sitzen sollten. [...] Die fehlerhaften Urteile des Obersten Gerichts und des Verfassungsgerichtshofs werden mit Blick auf sie Zusammensetzung der urteilenden Richter mit einem gesonderten Zusatz versehen.“¹⁴

Der Chef der Kanzlei des Vorsitzenden des Ministerrats Jan Grabiec sagte in einem Interview: „Wir legen Regeln fest, damit in einer Übergangszeit bis zur völligen Korrektur des Gerichtswesens die Organe der öffentlichen Gewalt einheitlich handeln. Der verabschiedete Beschluss verpflichtet die Regierung, ihre Maßnahmen im Hinblick auf die fehlerhaften Urteilssprüche des Obersten Gerichts und des Verfassungsgerichtshofs aufeinander abzustimmen.“¹⁵

Justizminister Adam Bodnar äußerte sich zufrieden: „So haben wir uns wiederum auf die Seite von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, europäischen Werten und Bürgerrechten gestellt. Wir verteidigen unbeirrt die Verfassung der Republik Polen als Fundament unserer Staatlichkeit.“¹⁶

¹²<https://wyborcza.pl/7,75398,31543304,ucieczka-romanowskiego-ma-tez-walor-edukacyjny.html>

¹³<https://x.com/sikorskiradek/status/1867994352800461276>

¹⁴<https://www.rp.pl/prawo-w-polsce/art41597231-donald-tusk-wadliwe-werdykty-sadu-najwyzszego-i-trybunalu-konstytucyjnego-beda-opatrzone-specjalnym-przypisem>

¹⁵<https://wyborcza.pl/7,75398,31556057,sad-najwyzszy-z-neosiedziami-nie-jest-niezalezny-rzad-przyjal.html>

¹⁶<https://x.com/Adbodnar/status/1869476481166115303>

Dagmara Pawełczyk-Woicka, Vorsitzende des Neo-Landesgerichtsrats, bewertete dagegen den Beschluss negativ: „Das ist die Vorbereitung darauf, das Urteil des Obersten Gerichts zur Wahl zum Amt des Präsidenten der Republik Polen möglicherweise nicht anzuerkennen.“¹⁷

Bearbeitung: Anna Wróblowska

Aus dem Polnischen von Andreas R. Hofmann

¹⁷<https://wpolityce.pl/polityka/716251-bodnar-zachwycony-przyjeta-uchwala-dostal-odpowiedz>